Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Kochen und Schütteln zu Reste Kindernahrung, als Kaffee-Sahne billig und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Hustenmittel mit und ohne Zucker: **Malzextrakt-Bonbons, echte:** bekömmlich, wohlschmeckend, zuverlässig. Pckg.: 20, 25, 40 Pf. **Röst-Maltin,** Kugeln aus Malzextrakt-Schaum, zuckerfrei; unter Wärme, daher energisch schleimlös. Dos. 30 Pf. (Patentgl. zu 1½ L. M. 2.50) i. d. Apoth. — J. Paul Liebe, Dresden.

Bettfedern und Daunen, Eiderdaunen, fertige Betten und Inlete empfiehlt in grosser Auswahl **Julius Udluft,** An der Mauer 34, selbst gegründet 1867.

Alle technischen Waaren von **Gummi u. Asbest** Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Ventile, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 30 Tel. 223.

MATTONI's GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN. Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad

Quebrachopastillen versuche ein einziges Mal! H. Martels Patent. K. Hof-, Mohren- u. Kronen-Ap.

Cigarren-Verkaufsstelle des Görlitzer Waaren-Einkaufs-Vereins. Grosse Auswahl in Cigarren, Cigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabaken zu niedrigsten Preisen, von Mk. 20 per Mille an. 18Gr Importen. Versandt nach auswärts prompt. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Dresden-A., Moritzstrasse 9. direkt an der König-Johann-Strasse Telephon No. 527.

Nr. 49. Spiegel: Ablehnung der Militärvorlage in der Commission. Hofnachrichten. „Leipziger Tag". Bahnhofsbauten. Stadtverordnetensitzung. Thierschutzverein. Gerichtsverhandlungen. Salon Lichtenberg. **Sonnabend, 18. Februar.**

Politisches.

Endlich ist der Heeresausschuß des Reichstages zu den ersten Abstimmungen gelangt. Das Ergebniß war durchweg ein negatives. Alle Anträge, welche auf die gesetzliche Sicherung der zweijährigen Dienstzeit abzielten, sowie der auf die zweijährige Dienstzeit bezügliche zweite Abschnitt des § 1 der Regierungsvorlage sind abgelehnt worden. Der § 1 der Militärvorlage enthält in seinem ersten Absatz, über den noch keine Abstimmung erfolgt ist, die verlangte höhere Friedenspräsenzziffer. Der zweite, soeben von der Militärkommission abgelehnte Absatz bestimmt, daß dieser höheren Friedenspräsenzziffer die Voraussetzung zu Grunde liege, daß die Mannschaften der Fußtruppen „im Allgemeinen" zu einem zweijährigen aktiven Dienste bei der Fahne herangezogen werden. Durch diese hier gehaltene Bestimmung wird die in der Verfassung gegebene Festsetzung der Dienstzeit nicht berührt. Nach § 59 der Reichsverfassung gehört jeder wehrfähige Deutsche 7 Jahre lang dem stehenden Heere an, und zwar die ersten 3 Jahre bei der Fahne, die letzten 4 Jahre in der Reserve. Würde der angeführte zweite Absatz des § 1 der Militärvorlage Gesetzeskraft erlangen, so wären hiernach zwar die Mannschaften der Fußtruppen „im Allgemeinen" nach 2 Jahren zu entlassen, aber nach der obigen Bestimmung der Verfassung würden sie nur als Dispositionsurlauber anzusehen sein, da sie erst nach drei Jahren zur Reserve übertreten. Um die zweijährige Dienstzeit besser zu sichern, als es in der Regierungsvorlage geschehen ist, stellten die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten je einen Gegenantrag zu Absatz 2 des § 1. Abg. v. Bennigsen schlug vor, an Stelle des bezüglichen Passus in der Regierungsvorlage Folgendes zu setzen: Die Mannschaften der Fußtruppen gehören dem stehenden Heere bei der Fahne 2 Jahre und in der Reserve 5 Jahre an. Diese Bestimmung bleibt in Kraft, so lange die Friedenspräsenzstärke nicht unter die im Absatz 1 der Regierungsvorlage bezeichnete Zahl herabgesetzt wird. Durch den Antrag Bennigsen soll die auf die dreijährige Dienstzeit bezügliche Bestimmung der Verfassung nicht aufgehoben werden; sie soll jedoch so lange außer Kraft stehen, als die jetzt von der Regierung verlangte Friedenspräsenzstärke aufrecht erhalten bleibt. Dadurch aber, daß die verfassungsmäßige Fixirung der Dienstzeit nicht ausdrücklich beseitigt wird, ist der Regierung die Möglichkeit belassen, von der zweijährigen wieder zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren, sobald die Friedenspräsenzstärke wieder herabgesetzt wird. Der Bennigsen'sche Antrag wurde gegen die Stimmen der drei Nationalliberalen und des Vertreters der freikonservativen Partei Abg. v. Stumm verworfen. Der freisinnige Antrag ging weiter als der nationalliberale. Rickert beantragte, daß die Verfassung dahin abgeändert werden solle, daß bei den Fußtruppen die aktive Dienstzeit zwei Jahre und die Reservezeit 5 Jahre dauere. Indeß auch der Rickert'sche Antrag wurde mit allen gegen neun Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Freisinnigen, die Volkspartei und die Sozialdemokraten. Abg. Bebel hatte beantragt, die zweijährige Dienstzeit auch bei der Kavallerie einzuführen. Sein Antrag, der von vornherein aussichtslos war, fand nur die Zustimmung der drei Sozialdemokraten und des Vertreters der Volkspartei. Nicht größer war die Minderheit, welche für die auf die Dienstzeit bezügliche Bestimmung der Regierungsvorlage gestimmt hat. Nur der Freikonservative und drei Konservative stellten sich auf den Standpunkt der Regierung. Selbst Frhr. v. Hammerstein stimmte gegen die Vorlage. Er begründete seine ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf die von dem Generalmajor von Goßler mitgetheilten militärischen Gutachten, die über die zweijährige Dienstzeit abgegeben worden sind. Die mit derselben angestellten Versuche hätten eine übersturzte Schießausbildung ergeben. Die Disziplin sei zwar im Allgemeinen eine befriedigende gewesen; aber dies erkläre sich nur aus dem Umstande, daß über den betreffenden Mannschaften noch das Damoklesschwert der Versagung der Dispositions-Beurlaubungen und der dreijährigen Dienstzeit geschwebt habe. Frhr. v. Hammerstein bezeichnete die Einführung der zweijährigen Dienstzeit als ein Experiment. Die dreijährige Dienstzeit, meinte er, sei billiger und mit Hilfe der jetzt zu bewilligenden Mittel sei auf Grundlage derselben eine bessere Qualität zu erhalten.

Wie sich aus den Abstimmungen ergiebt, hat nur das Centrum den Standpunkt der strikten Opposition, der reinen Negation vertreten. Seine Vertreter haben durchweg mit Nein gestimmt. Sie haben sowohl die Regierungsvorlage wie die Anträge Rickert und Bennigsen abgelehnt. Welchen positiven Standpunkt sie selbst in Bezug auf die gesetzliche Sicherung der zweijährigen Dienstzeit, für die sie bekanntlich unbedingt eintreten, zur Zeit einnehmen, darüber haben sie keinerlei Aufschluß gegeben. Der Abg. Lieber hat zwar am Donnerstag in der Sitzung des Heeres-Ausschusses versichert, daß er einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf als Gegenvorschlag in der Tasche habe, daß er aber den Zeitpunkt noch nicht für gekommen halte, um damit hervorzutreten. Gegen die Regierungsvorlage haben die Ultramontanen gestimmt, weil ihnen die darin enthaltene Formulirung der Dienstzeitverkürzung nicht genügt. Dem Abg. v. Bennigsen könnten sie nur darin Recht geben, daß mit der zweijährigen Dienstzeit zugleich auch eine bestimmte Präsenzstärke und bestimmte Formationen fixirt werden. Weil diese gegenseitige Gewähr, einerseits für den Reichstag durch Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, andererseits für die Regierung durch Festsetzung der Präsenzziffer, in dem Antrage Rickert fehlt, hatten sie auch gegen diesen gestimmt. Nach den Andeutungen Lieber's dürfte der ultramontane Gegenvorschlag darin bestehen, daß auf eine bestimmte Reihe von Jahren die zweijährige Dienstzeit und zugleich die Präsenzziffer festgelegt wird. Damit hat das Centrum seinen bisherigen prinzipiellen Standpunkt der einmaligen Bewilligung aufgegeben. In einer Petemk gegen den Abg. Richter gab Dr. Lieber die bemerkenswerthe Erklärung ab, daß die Centumspartei in der Voraussetzung einer ihren Ansichten entsprechenden Normirung der Präsenzstärke mit einer fünfjährigen, der Länge der Legislaturperiode entsprechenden Bewilligungsfrist einverstanden sein werde.

Die Abstimmung, welche bezüglich der zweijährigen Dienstzeit ein Vacuum geschaffen hat, ist nur eine vorläufige gewesen, da noch eine zweite Lesung innerhalb des Heeresausschusses stattfinden wird. Daher ist die Niederlage, welche die Regierung erlitten hat, keine entscheidende. Aber sie ist so empfindlich, daß man schon jetzt mit Sicherheit behaupten darf, ohne Nachgiebigkeit, ohne Concessionen ist ein Sieg der Regierung ausgeschlossen. In ihrer jetzigen Fassung wird die Regierungsvorlage auf keinen Fall zur Annahme gebracht werden können. Graf Caprivi hat bisher nicht das Geringste zu erreichen vermocht. Je länger die Vorlage vertheidigt wird, um so geringer werden die Aussichten, die Forderungen in der Hauptsache durchzubringen, um so durchsichtiger und haltloser wird der Regierungsstandpunkt. Mit der Verkürzung der Dienstzeit sollten die Ultramontanen und die Freisinnigen gewonnen werden. Dieses Zugeständniß hat aber nur dazu geführt, die Begehrlichkeit dieser Parteien so weit zu steigern, daß sie ohne die dauernde gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit überhaupt nicht zu haben sind. Zugleich ist damit den Konservativen die Zustimmung erschwert worden, wenn nicht unmöglich gemacht, wie die Abstimmung des Freiherrn von Hammerstein zeigt. Dazu kommt, daß man sich auf Seiten der Regierung noch nicht darüber vollkommen klar zu sein scheint, ob die Einführung der zweijährigen Dienstzeit blos eine versuchsweise oder eine endgiltige sein soll. Die Erklärungen der Regierungsvertreter sind in dieser Beziehung schwankend, zum Theil widersprechen sie sich. Man vermißt überall die Festigkeit, die Unwandelbarkeit der Ueberzeugungen, die nicht mit sich feilschen und handeln läßt. Am Mittwoch zog Generalmajor v. Goßler aus den Gutachten, die über die zweijährige Dienstzeit abgegeben worden sind, den Schluß, daß man dieselbe ohne ernste Bedenken einführen könne. 24 Stunden später gab derselbe Herr die Erklärung ab, daß, wenn durch die Ablehnung der Vorlage die Möglichkeit einer genügenden Vermehrung der Armee abgeschnitten würde, man darauf Bedacht nehmen müsse, die Güte der Truppen durch längere Ausbildung zu steigern. Hiermit wird also zugegeben, daß mit der Herabsetzung der Dienstzeit die Qualität des Heeres vermindert wird. Und Graf Caprivi hat am Dienstag dementirt, die zweijährige Dienstzeit ohne die von der Regierung geforderten Kompensationen (d. h. ohne Erhöhung der Präsenzziffer) sei der Ruin der Armee. Durch quantitative Verstärkung soll die qualitative Verminderung der Wehrkraft ausgeglichen werden. Wozu muß man aber denn durchaus das Experiment mit der qualitativen Schwächung vornehmen? Die Antwort hierauf ist uns der Reichskanzler bisher schuldig geblieben. Infolgedessen ist es ihm bis jetzt auch noch nicht gelungen, die politische und militärische Nothwendigkeit seiner Militärvorlage überzeugend nachzuweisen. Nach dem Stande der Dinge in dem Heeresausschusse steht zu befürchten, daß Graf Caprivi entweder die Waffen vor dem Centrum wird strecken oder die Militärvorlage überhaupt aufgeben müssen. In jedem Falle aber würde er beweisen, daß die Vorlage keine unbedingte Nothwendigkeit gewesen ist. Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. Februar.

Berlin. Der Reichstag setzt die Berathung des Etats des Innern fort. — Abg. Graf Mirbach (kons.) bestreitet, daß er eine Beschränkung der Freizügigkeit nach der Richtung hin gefordert habe, daß den Arbeitern das Fortkommen erschwert werde, jede Arbeit zu suchen, ebenso, daß er eine Aenderung des Währungssystems fordere, damit die Großgrundbesitzer einen Theil ihrer Schulden los würden. Er möchte wohl wissen, wie sich Dr. Barth die Abwälzung eines Theiles der Schulden infolge des Ueberganges zur Doppelwährung vorstelle. Bei den Handelsverträgen sei Deutschland überall zu kurz gekommen; die Italiener hätten mehr Zugeständnisse aus der Schweiz herausgeschlagen als wir, die österreichischen Eisenzölle seien viel höher geblieben als die unsrigen, ohne daß dafür ein Grund ersichtlich sei. Herr Huber habe ja in Mislowitz auf seiner Reise nach Wien ausdrücklich erfahren, daß die Produktionskosten für Eisen in Oesterreich keineswegs höher seien als bei uns; diese Erfahrungen habe Herr Huber in Wien nicht verwerthet, sondern in die höheren österreichischen Eisenzölle gewilligt. Derselbe Herr Huber werde auch bei den russischen Handelsvertragsverhandlungen hervorragend mitwirken. Unsere Handelsbilanz habe sich infolge der Zollherabsetzungen verschlechtert. Wir würden uns mit einem autonomen Tarif ungleich besser stehen, wie wir das bei Amerika, Rußland und England sehen. In den letzten Erklärungen des Reichskanzlers dürfe er indeß ein Zeichen dafür erblicken, daß das Vertrauen der Landwirthschaft zur Regierung wiederhergestellt werde. (Beifall rechts. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Der Vorredner verlange Autonomie, das heißt, Verzicht auf jede Einwirkung auf den ausländischen Markt und Preisgabe des Exports; das sei ein Bruch mit unserem ganzen früheren System. England habe zwar einen autonomen, aber keinen Schutzzolltarif. Das vom Grafen Limburg im Abgeordnetenhause ausgesprochene Mißtrauensvotum mache auf die Regierung keinen Eindruck, aber die Rede des Genannten beweise, wie Jemand frei und unbeschwert von der Kenntniß der Dinge, über diese sprechen könne. Graf Limburg sagte: Die Verträge hätten besser gemacht werden sollen. Nun, jedes Menschenwerk lasse sich vielleicht besser machen, auch die Rede des Grafen Limburg (Heiterkeit). Bei den Handelsverträgen hätte man so vielleicht diplomatische Kunstgriffe anwenden können, Kunstgriffe, die man vielleicht früher einmal gelernt, oder zu lernen wenigstens versucht hat. Handelspolitische Kniffe, zu denen Graf Limburg rathe, seien unter politisch befreundeten Staaten jedenfalls bedenklich. Dem Abg. Buhl gebe er zu, daß ein sicheres Urtheil über die Wirkung der Handelsverträge sich noch nicht finden lasse, und wenn die Erkenntniß dessen, daß hiernach unsere ganze Diskussion verfrüht sei, jetzt in diesem Hause Platz greife, so würden wir immerhin ein positives Resultat von dieser Debatte haben. (Beifall links.) — Staatssekretär v. Maltzahn: Die Regierung stehe den Bestrebungen zur Hebung des Silberpreises nicht feindselig gegenüber, aber unsere Währung sei die Goldwährung, und diese müßten wir in erster Linie schützen; zeige sich ein dankbarer Weg, dem Sinken des Silberpreises entgegenzutreten, so werde derselbe eingeschlagen werden, von den in Brüssel gemachten Vorschläge sei aber Nichts zu erwarten. — Abg. Büsing (nat.-lib.) vertheidigt die Handelsvertragspolitik und die Goldwährung. — Abg. Graf v. Lerchenfeld-Köfering (bayr. bauernbund) bestreitet, daß die ländlichen Arbeiter im Osten schlechter daran seien, als die industriellen Arbeiter. — Abg. Jordan (freis.): Der mittlere Landwirth befinde sich allerdings in ungünstiger Lage, nicht so der Großgrundbesitz, der allein Vortheil von den Getreidezöllen habe. — Abg. Delb (Reichsp.): Der Großgrundbesitz könne sich allerdings behaupten, aber weil er sich mit dem mittleren und kleineren Besitz solidarisch fühle, trete er auch für diesen ein. Mit dem Handelsvertrage mit Rußland werde sich die Lage der deutschen Landwirthschaft verschlimmern und die Gefahr einer Verseuchung unseres Viehstandes verstärkt werden. — Reichskanzler Graf v. Caprivi: Die letztere Behauptung sei unbegründet, es sei nicht beabsichtigt, mit Rußland einen Vertrag über die Vieheinfuhr zu schließen. Er habe das Wort ergriffen, um seinen Standpunkt zu der Debatte am Schlusse derselben klarzulegen, es sei zufällig, daß diese Debatte gleichzeitig hier und im Abgeordnetenhause entbrannt sei, während sich morgen ein neuer Bund der Landwirthe bilden solle. Aus dem Tone, der namentlich im anderen Hause angeschlagen wurde, erkenne er nicht den Ernst der Bewegung. Gegen den russischen Handelsvertrag könne sich diese Bewegung nicht richten, denn der Vertrag sei noch ein Embryo; sie richte sich also gegen die Regierung und laufe vielleicht darauf hinaus, dieselbe zu stürzen. Die Reichsregierung und die preußische Regierung hätten ihr Interesse für die Landwirthschaft bethätigt, so noch jüngst bei der preußischen Steuerreform, die doch wahrlich nicht zum Schaden der Landwirthschaft sei. Man sage zwar, man habe Vertrauen in die Regierung, aber man stelle eine Reihe von Forderungen, deren Erfüllung größtentheils gar nicht in der Macht der Regierung liege. Wir können England nicht zwingen, zum Bimetallismus überzugehen, wir können den Arbeiter nicht zwingen, seine Arbeit da zu suchen, wo er sie mit Vortheil nicht zu finden glaubt. Formulirte Anträge habe man auch gar nicht eingebracht. Die beständigen Klagen, wie sie hier geführt werden, seien nicht zum Vortheil des Landes. Er sei gewiß konservativ, es frage sich nur, wie man das Wort verstehe. Er habe das Gefühl, daß die politischen Grundsätze stark von den wirthschaftlichen überwuchert würden. Er sei konservativ in dem Sinne, daß das staatserhaltende Element im Staate gestärkt werden müsse; er sei aber kein Agrarier. Herr v. Kardorff habe die Landwirthschaft als die Wurzel des Staates bezeichnet, die man mit guter Erde bedecken müsse; aber woher die gute Erde nehmen? Wir können den Staat nicht agrarisch ändern, ohne in absehbarer Zeit auf schwere Katastrophen zu kommen. Im Staate darf der Egoismus nicht überwuchern. Die Regierung werde jeden Besitz schützen, sie habe aber auch Pflichten der Fürsorge für die Besitzlosen. Er sage, in der heutigen Bewegung sei große Gefahr für Staat und Gesellschaft, er habe das schon früher, als er über den Antisemitismus gesprochen, gesagt. Haben die Männer, die diese heute schon überwuchernden Geister grüßen, die Macht sie zu bannen? Ahne man denn, wohin die Dinge gehen? Es liege immer eine große Gefahr in der Aufreizung der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Hätte er die Ueberzeugung, daß er dem Lande damit nützen würde, so würde er sofort die schwere Bürde seines Amtes niederlegen; aber er thue es nicht, weil ein Wechsel in dieser Stellung zu bedenklichen Schwankungen führe. Er thue seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit aus Interesse für Kaiser und Reich. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, in denen Festigkeit der Regierung das unbedingt erste Erforderniß ist. Ein Mann über Bord bringt wenig, es handelt sich aber um das Schiff, auf dem die deutsche Flagge weht. (Beifall.) — Abg. v. Dzembowski (Pole) vertritt die agrarischen Forderungen, aber ohne Spitze gegen die Regierung. — Abg. Graf v. Mirbach (kons.) bedauert die abfällige Kritik des Staatssekretärs v. Marschall gegen ein hervorragendes konservatives Mitglied des Abgeordnetenhauses. Die niedergehende Bewegung, über die sich der Reichskanzler beklagt, habe auch ihn überrascht; sie erkläre sich aber aus dem Rückgange des Getreidepreises und der Art, wie die Handelsverträge hierdurch gedrückt worden seien. Die Bewegung richte sich nicht gegen Personen, auch nicht gegen den preußischen Minister für die Landwirthschaft. Bei seinen Freunden herrsche allerdings das Gefühl, daß die Landwirthschaft beim Reichskanzler nicht dasselbe Wohlwollen finde, wie bei seinem Amtsvorgänger. Es sei nicht Begehrlichkeit, sondern Naturnothwendigkeit, wenn seine Freunde auf die wirthschaftliche Seite des politischen Lebens das Hauptgewicht legten. (Beifall rechts.) — Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der preußische Handelsminister habe den Agrariern zu berechtigten Klagen keinen Anlaß gegeben; derselbe habe als Minister allerdings nicht Partei, sondern allgemeine Interessen zu vertreten. — Abg. Rickert (freis.): Ueber die Handelsverträge sei Wochen lang diskutirt worden, von einem Zuschneiden derselben könne also keine Rede sein, die Rechte habe dagegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz mit wie geringerer Mehrheit durchgedrückt. Die antisemitisch-agrarische Agitation laufe lediglich auf die transitorischen Interessenpolitik hinaus. Seine Freunde unterstützten die Regierung, wenn sie zu einer volksthümlichen Politik übergehe. — Abg. v. Staudy (kons.) bestreitet, daß die Rechte Interessenpolitik treibe, die Landwirthschaft müsse nur ihre warnende Stimme gegen den russischen Handelsvertrag erheben, durch den ein weiterer Preisdruck zu befürchten sei und gegen den auch politische Interessen sprechen. — Die Debatte wird geschlossen, das Gehalt des Staatssekretärs des Innern bewilligt.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages hat im sächsischen Militäretat bei dem Neubau der Kaserne für ein Bataillon Infanterie nebst Garnisonverwaltungsgebäude 200,000 Mk. gestrichen und nur 140,000 Mk. für den Grunderwerb bewilligt.

Graudenz. Der „Geselige" meldet: Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Kreise Berent-Preußisch-Stargard wurde der Pole Kaltblein gewählt. Der Antisemit Brauch erhielt in Berent, Schöneck und Stargard 631 Stimmen.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" stellt gegenüber den Angriffen auf den Geh. Rath Huber fest, daß derselbe mit Wissen des früheren und des jetzigen Reichskanzlers die handelspolitischen Angelegenheiten stets in gleicher Weise und in demselben Umfange bearbeitet hat. Von den ersten vertragsmäßigen Abmachungen, die seit seinem Eintritt in den Reichsdienst getroffen wurden, dem Vertrage mit Rumänien und den Vereinbarungen mit Italien und Oesterreich im Jahre 1877 bis zu den Handelsverträgen des vorigen Jahres, während welcher Zeit mit mehr als 20 Ländern Handelsverträge entweder neu abgeschlossen oder erneuert wurden, ist der Geh. Rath Huber als handelspolitischer Referent in den Verhandlungen derselben thätig gewesen und hat als solcher bei den Verhandlungen und Verträgen regelmäßig mitgewirkt. Nach dieser aktenmäßigen Feststellung war der Reichskanzler berufen, die von uns erwähnte Bemerkung in der Reichstagssitzung vom 15. d. M. zu machen und der Abg. Vogelsang nicht berechtigt, jene Bemerkung in Zweifel zu ziehen. — Das „Tageblatt" kann versichern, daß an zuständiger Stelle von einer Neubewaffnung unse-

Pfund's vierfach filtrirte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 11 12. Trocken-Fütterung.